

Sessionsvorschau

Empfehlungen des Mieterinnen- und Mieterverbands

Sommersession 2024

Die Geschäfte zu Mieten und Wohnen im National- und Ständerat

Rat	Datum	Geschäft	Empfehlung
SR	Di, 28. Mai (Differenzen)	22.085 BRG. Umweltschutzgesetz. Änderung.	Ablehnung
NR	Di, 11. Juni		
SR/NR	Fr, 14. Juni (Schlussabstimmung)		

Weitere Geschäfte im Nationalrat

Rat	Datum	Geschäft	Empfehlung
NR	Parl. Initiative*	22.443 Pa.Iv. Töngi. Heizkosten bei Ergänzungsleistungen vollständig berücksichtigen.	Annahme
NR	Parl. Initiative*	23.435 Pa.Iv. Marti. Rückkehrrecht für Mieterinnen und Mieter nach Sanierung und Umbau	Annahme
NR	Parl. Vorstoss WBF**	23.3921 Mo. Glättli. Steigende Energiepreise. Fehlansätze für Eigentümerinnen und Eigentümer beseitigen	Annahme
NR	Parl. Vorstoss WBF**	23.3936 Mo. Grossen. Laden von Elektroautos im Mietverhältnis und Stockwerkeigentum	Annahme
NR	Parl. Vorstoss WBF**	23.4272 Po. Gugger. Mietzinserhöhung trifft Mieter vierfach. Evaluation der rechtlichen Grundlage für Mietzinserhöhungen	Annahme
NR	Parl. Vorstoss EDI**	23.3366 Mo. Bulliard-Marbach. Mo. Nationale Strategie für Betreuung und Wohnen im Alter und bei Behinderung	Annahme

* Parl. Initiativen im Nationalrat am 27.5./28.5./29.5./30.5./3.6./4.6./5.6./6.6./10.6./13.6.

**Parl. Vorstösse Kategorie IV: WBF, im NR am 13.6. // EDI, im NR am 30.5./12.6.

Die Geschäfte zu Mieten und Wohnen im National- und Ständerat

Dienstag, 28. Mai, im Ständerat (Differenzen) / Dienstag, 11. Juni, im Nationalrat / Freitag, 14. Juni, in der Vereinigten Bundesversammlung (Schlussabstimmung)

22.085 BRG. Umweltschutzgesetz. Änderung

Aufgrund von Differenzen zwischen dem Stände- und dem Nationalrat steht das Geschäft erneut auf der Tagesordnung des Ständerats.

Einer der Kernpunkte der Änderung ist die Frage, unter welchen Umständen es erlaubt sein soll, neue Wohnungen in Gebieten zu bauen, in denen die Grenzwerte für Lärmimmissionen überschritten werden. Der Lärmschutz ist für Mieter*innen von grosser Bedeutung, insbesondere die Frage, ob und wie der Bau von Wohnungen in lärmbelasteten Gebieten möglich ist. Der Bau von Wohnungen muss auch in Ballungsräumen weiterhin möglich sein. Es braucht jetzt eine pragmatische Lösung, nachdem die Praxis der Lüftungsfenster aufgegeben wurde. Dies ist nicht nur für die Mieter*innen, sondern auch für lebendige Nachbarschaften notwendig.

Gleichzeitig ist die Wohnqualität mit attraktiven Aussenräumen und Wohnungen, die vor allem im Sommer gelüftet werden können, ein wichtiges Anliegen des Mieterinnen- und Mieterverbands. Die Vorschläge beider Räte nehmen auf die Möglichkeit, die Wohnung zu lüften, zu wenig Rücksicht. Es genügt, die Praxis der Lüftungsfenster wieder zuzulassen, um das Bauen an Strassen mit einer zu hohen Lärmbelastung zu ermöglichen. Weitergehende Einschränkungen der Wohnqualität sind nicht notwendig.

Zusätzlich hatte der Nationalrat die Lärmschutzgrenzwerte bei Flughäfen verschlechtert, eine Forderung nach generellem Tempo 50 auf verkehrsorientierten Strassen angenommen und weiter die VOC-Abgabe gestrichen, was mit diesem Thema zu tun hat.

Die Auswirkungen dieser Änderung des Umweltschutzgesetzes auf die Lebensqualität der Mieterinnen und Mieter und auf die von der Allgemeinheit getragenen Gesundheitskosten sind immens. In vielen Fällen kann die Lärmbelastung mit Massnahmen an der Quelle gesenkt werden, konkret mit tieferen Tempolimiten und über lärmarme Beläge.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt, die Änderung des Umweltschutzgesetzes in der vorliegenden Form abzulehnen.

Weitere Geschäfte im Nationalrat

**Parlamentarische Initiativen 1. Phase, im Nationalrat am
27.5./28.5./29.5./30.5./3.6./4.6./5.6./6.6./10.6./13.6.**

22.443 Pa.Iv. Töngi. Heizkosten bei Ergänzungsleistungen vollständig berücksichtigen

Gemäss geltendem Recht werden bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen nur die Akonto bezahlten Heizkosten berücksichtigt. Aufgrund der steigenden Energiepreise sind die nicht durch Vorauszahlungen gedeckten Beträge, d. h. die effektiven Kosten, stark angestiegen. Die parlamentarische Initiative verlangt, dass das Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen dahingehend korrigiert wird, dass auch Nachzahlungen für Nebenkosten angerechnet werden - eine wichtige Massnahme, um zu verhindern, dass EL-Beziehende in noch grössere finanzielle Schwierigkeiten geraten.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt diese Initiative zur Annahme.

23.435 Pa.Iv. Marti. Rückkehrrecht für Mieterinnen und Mieter nach Sanierung und Umbau

Diese parlamentarische Initiative nimmt eine zentrale Forderung des Mieterinnen- und Mieterverband auf: Sie fordert, dass das Mietrecht so angepasst wird, dass Mieterinnen und Mieter nach einer Renovation wieder in ihr Gebäude einziehen dürfen. Die Kantone sollen dafür die Möglichkeit erhalten, bei Wohnungsknappheit die Bewilligung für Renovationen davon abhängig zu machen, ob ein Rückkehrrecht für ehemalige Mieterinnen und Mieter besteht. Die parlamentarische Initiative bietet damit eine überzeugende Antwort für die problematische Praxis der Leerkündigungen bei energetischen Sanierungen.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt diese Initiative zur Annahme.

23.3921 Mo. Glättli. Steigende Energiepreise. Fehlanreize für Eigentümerinnen und Eigentümer beseitigen

Wenn heute eine Gebäudehülle schlecht isoliert ist, müssen die Mieterinnen und Mieter daraus resultierende Mehrkosten tragen. Durch eine Änderung des Mietrechts will die Motion Vermieterinnen und Vermieter dazu motivieren, mehr Renovationsarbeiten vorzunehmen. Zudem führt sie eine Überprüfung der Mietzinse nach energetischen Sanierungen ein - wenn die energetische Sanierung zu einer Mietzinserhöhung oder einer Kündigung des Mietvertrags führt.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt diese Motion zur Annahme.

23.3936 Mo. Grossen. Laden von Elektroautos im Mietverhältnis und Stockwerkeigentum

Die meisten Menschen in der Schweiz leben in Mehrparteienhäusern und können keine Ladestation in der Garage ohne das Einverständnis anderer installieren. Mieterinnen und Mieter sind derzeit auf den guten Willen der Vermieterparteien angewiesen. Die aktuellen Vorschriften sind damit eine rechtliche Hürde, die Mieterinnen und Mieter davon abhält, auf ein Elektroauto umzusteigen. Der Zugang zu Ladeinfrastrukturen für Elektroautos ist auch im Mietverhältnis sicherzustellen.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt diese Motion zur Annahme.

23.4272 Po. Gugger. Mietzinserhöhung trifft Mieter vierfach. Evaluation der rechtlichen Grundlage für Mietzinserhöhungen

Viele Mieterinnen und Mieter erhalten derzeit aufgrund der Erhöhung des Referenzzinssatzes eine Mietzinserhöhung. Die Vermieterparteien nutzen diese Gelegenheit, um den Mietzins auch aus anderen Gründen zu erhöhen, etwa aufgrund der Teuerung, von allgemeinen Kostensteigerungen oder Nebenkosten. Diese Auswirkungen auf den Mietzins sind zwar legal, es ist aber vielerorts fraglich, ob sie auch wirklich gerechtfertigt sind. Das Postulat beauftragt den Bundesrat, dem Parlament einen Bericht vorzulegen, in dem er die rechtlichen Grundlagen für Mietzinserhöhungen prüft.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt dieses Postulat zur Annahme.

23.3366 Mo. Bulliard-Marbach. Nationale Strategie für Betreuung und Wohnen im Alter und bei Behinderung

Aufgrund des demografischen Wandels und der Alterung der Bevölkerung kommt dem Wohnen eine entscheidende Bedeutung zu. Angesichts der Komplexität des Themas und der zahlreichen tangierten Bereiche (Sozialpolitik, Wohnungswesen, Gesundheit, Beeinträchtigungen usw.), ist eine Gesamtsicht wichtig. Die Motion beauftragt den Bundesrat, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den betroffenen Akteuren eine nationale Strategie für den Wohnungsbau in den Bereichen Alter und Behinderung auszuarbeiten.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt diese Motion zur Annahme.

Kontakt



Linda Rosenkranz, Generalsekretärin
Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz (MV)
linda.rosenkranz@mieterverband.ch
031 301 90 50
079 743 50 47



Pauline Crettol, stv. Generalsekretärin
Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz (MV)
pauline.crettol@asloca.ch
031 301 90 19
079 648 76 14

Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz (MV)

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

031 301 90 50

info@smv-asloca-asi.ch

www.mieterverband.ch | www.asloca.ch